75. Jahrgang. Nr. 493 — Montag, 20. Oktober 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Mißtrauensanträge umgangen

Sechs Wochen Atempause

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Oktober. Die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat im Reichstag nun das vorausgesagte Ergebnis gebracht. Das Kabinett Brüning hat, obwohl sich das deutsche Volk bei den Wahlen deutlich gegen seine Politik und seine Existenz entschied, die Möglichkeit zum politischen Weiterleben erhalten. Es hat dabei den bereits vorher hinreichend gekennzeichneten Weg beschritten, sich um die Abstimmung über alle Mißtrauensvoten herumzudrücken.

Dabei stützt es sich nicht nur auf die Gruppen, die früher der Regierung zur Seite standen und die im Wahlkampf größtenteils zusammgehauen worden sind, sondern auch auf die Sozialdemokratie, gegen die das Hindenburgkabinett seinerzeit ausdrücklich ins Leben gerufen worden ist.

Die Verfälschung des Grundgedankens, auf dem das Kabinett beruhte, ist damit restlos zur Tatsache geworden.

Den Reichstag hat man bis zum 3. Dezember nach Hause geschickt, obwohl vorher die Abgeordneten der Opposition, für die Deutschnationalen der Abg. Dr. Berndt und für die Nationalsozialisten der Abg. Straßer, gegen diese Art der Ignorierung des letzten Wahlergebnisses ernste Worte des Einspruches gefunden hatten. Die Opposition steht damit vor der ebenfalls vor kurzer Zeit an dieser Stelle gekennzeichneten Lage, von sich aus die Einberufung des Reichstags wieder durchzusetzen. Wir berichteten bereits, wie man sich in Regierungskreisen eine neue Auslegung des Art. 24 der Weimarer Verfassung zurechtgemacht hatte, nach der auf einmal ein Drittel der Mitglieder des Reichstags die Einberufung nicht mehr verlangen können soll. In Regierungskreisen beruft man sich darauf, daß der § 24 nur für entsprechende Situationen außerhalb einer Wahlperiode gelten könne und dann keine Anwendung finden könne, wenn der Reichstag einfach auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses vertagt sei. Selbst wenn über diese Auslegung des Artikels 24 Zweifel bestehen könnten, so läßt sich doch nicht daran deuteln, daß derselbe Artikel der

Reichsverfassung die Bestimmung enthält, daß der Reichstag in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung zusammenzutreten hat.

Diese Bindung ist deshalb in der Verfassung ausgesprochen worden, weil der Reichstag eigentlich im November mit den Etatsberatungen beginnen soll. Auf Grund dieser Bestimmung würde also der eben erst nach Hause geschickte Reichstag spätestens am ersten Mittwoch des Monats zusammenzutreten haben. Weiter kann aber ein Drittel des Reichstags eine Einberufung vor dem ersten Mittwoch des November verlangen.

In Oppositionskreisen wird ferner auf die Anfrage Bezug genommen, die der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer in der Sonnabend-Sonntag-Nacht bei der Regierung einbrachte und in der Auskunft darüber verlangt wird, ob die Regierung die Absicht habe, den Reichstag im Dezember einzuberufen, oder ob sie bereits einen Staatsstreich vorbereite. Es ist nun auf der Rechten aufgefallen, daß der Reichskanzler sich zu dieser Anfrage nicht geäußert hat.

Infolgedessen wird noch einmal die Forderung erhoben, daß der Reichskanzler umgehend über seine Absichten Mitteilung machen möge.

Die Amnestierung der sogenannten Fememörder, die durch die Auflösung des letzten Reichstags hinausgezögert war, ist nun durch Annahme des entsprechenden Gesetzes in der Sonnabend-Sonntag-Nacht zur Wirklichkeit geworden. Jetzt heißt es, daß bereits einige Länderregierungen wieder Schwierigkeiten machen wollen, und wie zu erwarten war, steht dabei die preußische Regierung wiederum an der Spitze. Das preußische Kabinett behauptet nämlich, es handle sich bei der jetzt angenommenen Amnestievorlage um ein neues Gesetz, das ebenfalls wieder dem Reichsrat vorzulegen sei. Da sich aber die Verhältnisse im Reichsrat kaum geändert haben, hofft Preußen auf diese Art und Weise neuerdings das Amnestiegesetz zu Fall zu bringen. Nun ist zwar im gegenwärtigen Reichstag zweifellos eine Zweidrittelmehrheit zur Zurückweisung eines Reichsratseinspruchs vorhanden. Aber wenn Preußen zu diesem Mittel griffe, würde sich die Freilassung der unglücklichen Opfer der Femehetze abermals bis in die Weihnachtszeit hinauszögern.

Paris ist zufrieden

Paris, 19. Okt. Die Morgenpresse verzeichnet mit Befriedigung das Votum des Reichstags für die Regierung Brüning und hebt besonders hervor, daß es der Haltung der Sozialdemokraten zu verdanken sei. Der Berliner Korrespondent des „Journal" schreibt, die Sozialdemokraten hätten dadurch, daß sie zahlreich für die Regierung stimmten, den Rechtsextremisten eine prachtvolle Lehre staatsbürgerlicher Gesinnung gegeben. — Das „Oeuvre" schreibt, die Ehre des Tages gebühre voll und ganz der Sozialdemokratie, die durch ihren Mut und ihre Klugheit den Abenteurern den Weg versperrt habe. — In der „Ere Nouvelle" heißt es, man habe den Eindruck, daß es im Reichstag eine Mehrheit für vernünftige Lösungen gebe. Das Lob, das hier von französischer Seite der Sozialdemokratie wieder einmal gespendet wird, ist kennzeichnend für die Lage, in der wir uns befinden, und ist die beste Rechtfertigung für die Stellungnahme der Rechtsparteien.

Die Sozialdemokratie rettet das Kabinett

Berlin, 19. Oktober. Gegen 10,30 Uhr am Sonnabend begannen im Reichstag die entscheidenden Abstimmungen über das Schicksal der Regierung Brüning. In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde von deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Antrages, unter Zurückstellung aller Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, entschieden bestritten. Eine namentliche Abstimmung darüber ergab, daß mit 310 gegen 235 Stimmen die Zulässigkeit des Antrages beschlossen wurde. Darauf folgte die Abstimmung darüber, zur Tagesordnung überzugehen. Er wurde mit 318 Stimmen gegen 236 bei einer Enthaltung um 11 Uhr abends angenommen. Damit sind sämtliche Mißtrauensanträge, die gegen einzelne Minister und gegen das Gesamtkabinett gestellt worden sind, erledigt.

Die entscheidende Abstimmung, über die Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, erfolgte gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten und des Landvolks.

Bei den vorhergehenden Abstimmungen ergab die Schlußabstimmung über das Schuldentilgungsgesetz 325 Stimmen für und 287 Stimmen, die sich aus Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Landvolk und Kommunisten zusammensetzten, gegen das Gesetz. Das Gesetz war damit angenommen. Die zur Ostthilfe gestellten Anträge, die Anträge, die einen Vollstreckungsschutz und die Zurücknahme der Kündigung der öffentlichen Angestellten fordern, wurden an den Ausschuß verwiesen. Der Antrag, der die Vorlegung eines Rentnerversorgungsgesetzes fordert, wird angenommen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsaussprache, in der vom Zentrum die Ausschußüberweisung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung verlangt worden war, und der von deutschnationaler, nationalsozialistischer und kommunistischer Seite heftig widersprochen wurde, wurde in namentlicher Abstimmung mit 339 gegen 220 Stimmen die Ueberweisung beschlossen. Während dieser Abstimmung kam es zu stürmischen Kundgebungen auf allen Seiten des Hauses.

Weiter wurde während der Abstimmungen die vom Aeltestenrat vorgeschlagene Diätenkürzung am 1. November einstimmig genehmigt.

Die von den verschiedenen Parteien eingebrachten Anträge auf Einstellung der Youngzahlungen, Revision des Youngplanes und Aufhebung des Versailler Vertrages wurden auf Antrag des Zentrums mit 328 gegen 236 Stimmen dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Desgleichen in einfacher Abstimmung die Anträge, die sich auf Kapitalflucht und Steuerhinterziehung beziehen, an den entsprechenden Ausschuß.

Die von den Kommunisten beantragte Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes wurde abgelehnt, zahlreiche sozialpolitische Anträge der Ausschußberatung überwiesen, ebenso ein kommunistischer Antrag, den Erwerbslosen eine Winterbeihilfe zu gewähren. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Schiedsspruches im Metallarbeiterkonflikt wurde abgelehnt. Dagegen fand mit den Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten der Antrag Annahme, wonach der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden soll.

Stürmischer Abschluß der Debatte

Rededuell zwischen Oldenburg und Brüning - Vertagung bis 3. Dezember

Berlin, 19. Oktober. In der Debatte des Reichstages über die Regierungserklärung, die bis in die späten Abendstunden des Sonnabend dauerte, kam es bei der Rede des **Abg. Hoegner** (Soz.), der sich ausschließlich mit den Nationalsozialisten befaßte, zu

schweren Tumulten.

Als Abg. Hoegner erklärte: Unter Opferung der deutschen Südtiroler biedern Sie (zu den Natsoz.) sich an Italien an, antworten lärmende Zurufe bei den Natsoz., an denen sich besonders Abg. Heines beteiligt; Abg. Severing (Soz.) geht zum Vizepräsidenten Esser hinauf und spricht mit ihm; daraufhin erklärt Vizepräsident Esser: Herr Heines soll den Redner bedroht haben. Ich weise ihn aus dem Saal. — Der Abg. Heines folgt dieser Aufforderung, während die Nationalsozialisten dem Abg. Severing zurufen: Denunziant! — Abg. Severing (Soz.) geht mitten durch die dichten Reihen der Nationalsozialisten, die sich vor ihr öffnen und sich hinter ihm wieder schließen, hinter dem Abg. Heines her. Die Nationalsozialisten drängen daraufhin gleichfalls hinaus. Auch viele Sozialdemokraten verlassen den Saal. In dem Wandelgang rechts neben dem Saale kommt es zu erregten Szenen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Es bleibt jedoch beim Wortgefecht, und schließlich gelingt es dem Präsidenten Löbe, die erregten Gruppen zu beruhigen. Nach einiger Zeit kehren Nationalsozialisten wie Sozialdemokraten wieder in den Saal zurück.

Der Lärm im Saale hält an und steigert sich erneut zum Tumult an, als Abg. Hoegner (Soz.) ausführte: Mutschmann liebt nach Ansicht seiner eigenen Freunde nur dreierlei, nämlich das feindliche Ausland, schöne Frauen und ... Die nächsten Worte des Redners gehen in großem Lärm unter. Abg. **Mutschmann** (Natsoz.) ruft: Lüge! Unverschämtheit! — Als der Redner weitersprechen will, suchen die Nationalsozialisten ihn durch Schlußrufe daran zu hindern. Vizepräsident Esser ruft die Abg. Pieck (Komm.) und Florin (Komm.) wegen des Vorwurfes „Ausbeuter" gegen den Abg. Mutschmann zur Ordnung. Abg. Rädel (Komm.): Er ist doch ein Ausbeuter! Auch Rädel erhält einen Ordnungsruf. Unter großem Lärm der Nationalsozialisten beendet Abg. Dr. Hoegner seine Rede, da die Zwischenrufe es ihm unmöglich machen, weiterzusprechen.

In der weiteren Aussprache wirft **Abg. Schmidt-Hannover** (Dtn.) den Sozialdemokraten vor, sie wollten ihre jetzige Haltung durch die unerhörten Ausführungen des Abg. Hoegner übertünchen. Der Redner geht dann auf

das Wehrprogramm

ein und erklärt, der Leipziger Prozeß sei die Widerlegung der Politik der gleitenden Mitte auf wehrpolitischem Gebiet, wie **der Altonaer Landvolkprozeß die Widerlegung des Systems** Braun sei. Die Beseitigung der inneren Spannungen sei nur durch Personalwechsel in der Reichswehrleitung möglich. Der Uhrenerlaß sei eine Schmach für das Heer, ebenso wie die Verhaftung der Ulmer Offiziere angesichts der Truppe. Die beste Wehr- und Sanierungspolitik der Regierung sei ihr Rücktritt und die Lösung der Preußenkoalition. Der Redner erhält einen Ordnungsruf, als er erklärt, der Fahneneid werde heute auf ein so fragliches Gebilde wie die durchlöcherte Verfassung geleistet.

Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung

Inzwischen ist folgender Antrag des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Staatspartei und der Volksnationalen eingegangen:

Der Reichstag nimmt die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis und geht über alle eingebrachten Mißtrauensanträge, auch die gegen einzelne Minister gerichteten, zur Tagesordnung über.

Als Abg. **Dr. Frick** (Natsoz.) mehrmals gegen die Ausweisung des Abg. Heines Stellung nimmt, stellt Vizepräsident Esser fest, daß die ausgeschlossenen Abgg. Rosenberg und Heines zur Abstimmung zugelassen werden sollen. **Abg. Graf Reventlow** (Natsoz.) erklärt, durch Zeugenaussage Hillers sei festgestellt worden, daß die Friedensgesellschaft und die Liga für Menschenrechte für ihre Tätigkeit vom Auslande bezahlt werden. Das stehe ganz im Einklang mit der Politik der Sozialdemokraten. (Lebh. Widerspruch bei den Soz. Der Redner wird dabei zur Ordnung gerufen.) Die bisherigen Regierungen haben, so erklärt der Redner weiter, den Kampf gegen das Versailler Diktat und die Kriegsschuldlüge niemals ernstlich aufgenommen, sondern durch Locarno und den Völkerbund den Versailler Vertrag freiwillig bestätigt. Wegen einer gegen Erzberger gerichteten Bemerkung erhält der Redner einen zweiten Ordnungsruf. Der Kursrückgang nach der Reichstagswahl ist nur von den Juden an der Börse absichtlich herbeigeführt worden. Es habe damals nur zwei Parteien gegeben, die Hitlerpartei und die Laubhüttlerpartei. (Stürmische Heiterkeit.) Zum Schluß polemisierte der Redner gegen den Abg. Leicht (B.Vp.).

Nach einer längeren Rede der Kommunistin **Frau Reese** beschäftigte sich Abg. **Dr. Brauns** (Ztr.) dann mit den Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die Berliner Metallindustrie wenden. Mit solchen Anträgen werde die Unabhängigkeit der Schlichter angetastet, das Schlichtungswesen politisiert und ein politischer Eingriff in ein schwebendes Verfahren vorgenommen. Abg. **Stubbendorff** (Dnat.) kritisierte die Einstellung der Preußenkasse, die ein

SLUB
Wir führen Wissen.